

An den Finanzminister des Landes Baden-Württemberg
An die Abgeordneten der Landtagsfraktionen der SPD und der Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Minister Schmid,

der Presse haben wir entnommen, dass die Landesregierung – trotz erheblich gesteigener Steuereinnahmen – 2012 einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt. Insgesamt sollen 2012 ca. 380 Millionen Euro eingespart werden, der größte Teil davon bei den Personalkosten. Nach unseren Informationen ist sowohl geplant, die Erhöhung der Bezüge zumindest zu verschieben, als auch Einschnitte bei der Beihilfe und bei den Pensionen vorzunehmen. Deutlich wird in den öffentlichen Äußerungen zudem, dass die Landesregierung immer weniger bereit ist, die notwendigen zusätzlichen Stellen und Mittel zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten bildungspolitischen Vorhaben zu schaffen.

Vor Ort kämpfen wir derzeit noch mit den Auswirkungen der Sparmaßnahmen der Vorgängerregierung. Da finden sich Teilzeitbeschäftigte in der Familienphase plötzlich mit vollem Deputat wieder, weil der Schulbetrieb sonst nicht aufrecht erhalten werden kann. Wegen Lehrermangels müssen zum Teil immer noch Klassen über dem Klassenteiler gebildet werden. Zusätzliche Aufgaben, zeitintensive Schulentwicklung und Qualitätsmanagement sind neben dem laufenden Schulbetrieb ohne ausreichende Entlastung der Lehrer/innen durchzuführen, obwohl die Altersermäßigung in allen Schularten gekürzt und die Deputate der Lehrkräfte an beruflichen Schulen und Gymnasien in zwei Dekaden um zwei Wochenstunden erhöht wurden. Diese Zustände kritisieren wir als Beauftragte für Chancengleichheit aufs Schärfste.

Wir als Beauftragte für Chancengleichheit an Schulen lehnen die Sparpläne der Landesregierung strikt ab.

Die Teilnehmerinnen der Tagung für Beauftragte für Chancengleichheit an Schulen vom 26.10.2011 in Stuttgart unterstützen deshalb die folgenden Forderungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):

- Es darf keinen Sparhaushalt auf Kosten der Beschäftigten und der Bildung geben. Wir fordern die Landesregierung in diesem Zusammenhang auf, sich in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder dafür einzusetzen, dass eine Entgeltordnung für Lehrerinnen und Lehrer tariflich vereinbart wird.
- Wir erinnern die Landesregierung und die Landtagsabgeordneten nachdrücklich daran, dass sie die wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder (TVL) für die Landesbeamt/innen zugesagt haben und fordern dies ein.
- Wir bekräftigen weiterhin unsere Forderung, dass die Ausgaben für Bildung erhöht werden müssen. Wir fordern deshalb, dass die bereits zugesagte Senkung des Klassenteilers weiter umgesetzt wird und der Landtag die dafür notwendigen zusätzlichen Stellen schafft. Das Kultusministerium selbst hat errechnet, dass ca. 6400 zusätzliche Stellen notwendig sind, um den Koalitionsvertrag umzusetzen. Diese Stellen müssen im Laufe der Legislaturperiode geschaffen werden. Dafür muss die Landesregierung einen entsprechenden Stufenplan vorlegen.
- Darüber hinaus müssen die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und die Kürzung der Altersermäßigung zurückgenommen werden.